



**Dankesrede von Bundesminister Cem Özdemir zur  
Verleihung des Leo-Baeck-Preises, 20.10.2022, Berlin**

**Sende-Sperrfrist: Donnerstag, 20.10.2022, 20.00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ich danke Ihnen, Herr Dr. Schuster.

Ich danke Ihnen nicht nur für Ihre herzlichen Worte und diese – mich sehr bewegende – Ehre, die mir hier und heute zuteilwird.

Sondern auch dafür, dass Sie der liberalen Zivilgesellschaft und der Vielfalt dieses Landes – sowohl der Vielfalt der jüdischen Gemeinschaft wie auch der Vielfalt unserer Gesellschaft – stets eine klare Stimme geben.

Gleichermaßen mahnend wie auch zusammenführend.

Ich kann diese Auszeichnung mit dem Leo-Baeck-Preis nur in größter Demut annehmen.

Ich vermute, allen meinen Vorgängerinnen und Vorgängern ging es angesichts der kaum zu begreifenden Lebensleistung Leo Baecks ähnlich.

Sein Name steht für Verständigung, für Toleranz und vor allem für wahrhaftige Menschlichkeit. Und selbst diese Begriffe werden seinem Leben und Wirken nicht wirklich gerecht.

Ich danke auch Ronya Othmann für ihre Worte.

Nicht nur die, die Du heute zu uns gesprochen hat, sondern auch jene, die wir von Dir als Schriftstellerin und als Kolumnistin lesen dürfen; früher in der taz, jetzt in der sonntäglichen FAZ.

Lassen Sie sich diese Kolumnen nicht entgehen, meine Damen und Herren.

Sie legen den Finger in Wunden, auch in solche, von denen wir noch gar nichts ahnen oder auf die wir den Mantel des Schweigens legen wollen.

Sie irritieren, legen Doppelmoral offen, sie sensibilisieren – mich machen sie klüger, das bilde ich mir jedenfalls ein.

Mehr kann man als kritische Leserin und Leser nicht verlangen.

+++ Ignatz Bubis' Worte und Wirken haben auch meinen Weg geprägt +++

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich war damals nur wenige Jahre älter als Ronya Othmann heute – aber bei weitem nicht so gescheit –, als ich 1996 hinter einer Bühne neben einem deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens (so sein Selbstverständnis) stand: Ich spreche von Ignatz Bubis.

Ich war seit zwei Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages und seither hatten sich unsere Wege immer mal wieder gekreuzt.

1995 sprachen er und ich beim Auftakt der – auch heute noch aktiven und notwendigen – Initiative Schule ohne Rassismus.

Jetzt, 1996, wurde Ignatz Bubis in Stuttgart mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet, ich mit der Theodor-Heuss-Medaille.

Ich war ungemein nervös.

Nicht nur angesichts all der namhaften Persönlichkeiten, die im Publikum saßen, sondern auch, weil meine Eltern zugegen waren.

Und was machte Ignatz Bubis? Er legte seine Hand auf meine Schulter, machte einen Scherz und beruhigte mich.

Und dann half er mir auch noch beim Binden der Krawatte, weil er es nicht mitansehen konnte, wie ungeschickt ich mich dabei anstellte.

Ignatz Bubis war damals nicht nur Präsident des Zentralrats der Juden – er war quasi auch Sprecher der türkischen Community in Deutschland.

Als am 29. Mai 1993 in Solingen fünf Angehörige der türkischen Familie Genc von Rechtsextremisten ermordet wurden, war die türkische Gemeinschaft sehr aufgewühlt.

Und dann sprach Ignatz Bubis in den Abendnachrichten.

Er, dessen Familie in der Shoah auseinandergerissen und zerstört worden war, dessen Vater und Geschwister ermordet wurden.

Er schaffte es, mit seinen Worten dem Schmerz, dem Zorn und der Angst vieler Türkischstämmiger eine Stimme zu geben – und damit der Bundesregierung und der Bundesrepublik ins Gewissen zu reden.



Es hatte seinen guten Grund, dass er 1993 als künftiger Bundespräsident im Gespräch war.

Ich habe erst in der Vorbereitung dieser Rede in einem Text von Rafael Seligmann gelesen, dass Bubis damals erklärt hatte, dass Deutschland „für ein jüdisches Staatsoberhaupt nicht reif“ sei.

Das ist, auch nach bald 30 Jahren, beklemmend und traurig.

Seine Worte und sein Wirken haben auch meinen Weg geprägt und sicher auch dazu beigetragen, dass ich hier heute vor Ihnen stehe.

Er ist eine der großen deutschen Persönlichkeiten der Nachkriegszeit.

+++ Aus der Vergangenheit erwächst die Verantwortung, wehrhaft zu sein +++

„Ich habe versucht, Vergangenheit und Zukunft zu verbinden“, so hat Bubis sich einmal erklärt. Vergangenheit und Zukunft miteinander zu verbinden – das sollte selbstverständlich sein, gerade in Deutschland. Ist es aber nicht.

Unser Land ist ohne die Schrecken des Nationalsozialismus nicht zu begreifen.

Unsere Verfassung und unsere Grundhaltung zu den Menschenrechten sind direkte Auswirkungen der Verantwortung, die aus dem Holocaust folgt.

Doch so wie wir Menschen Gefahr laufen, zukunftsvergessen zu handeln, so laufen wir auch Gefahr, vergangenheitsvergessen zu sein.

Gerade dann, wenn die Gegenwart angesichts von Krisen so herausfordernd oder gar erdrückend ist, dass man nur auf Sicht fährt und meint, sich den Blick zurück sparen zu können.

Aber wer nicht zurückblickt, ist auch nicht davor gewappnet, von der Vergangenheit eingeholt zu werden.

Wer nicht zurückblickt, der ist auch nicht vor jenen politischen Kräften gewappnet, die nur darauf warten, die vermeintlich lästige Vergangenheit im Bewusstsein endlich abzuschütteln – oder gar in der Gegenwart zu wiederholen.



Kein Land dieser Welt kann einfach seine Vergangenheit abschütteln, aber wir ganz sicher am wenigsten.

Und das wertvollste, was aus den Lehren der Vergangenheit folgt, sind unser Grundgesetz und unsere liberale Demokratie.

Gerade sie muss stets wehrhaft sein gegenüber ihren Feinden.

Das ist von allen Herausforderungen und Krisen, die wir bestehen müssen, immer die grundlegendste – und da sollte es parteiübergreifend unter Demokratinnen und Demokraten in Deutschland weder bloße Lippenbekenntnisse noch zwei Meinungen geben.

Egal wie krisenhaft die Gegenwart, wie verunsichernd die Herausforderungen, wie bröckelig die Aussicht auf eine gute Zukunft – die liberale Demokratie ist der Grundstein unserer Freiheit und damit unseres Menschseins.

+++ Die liberale Demokratie kann nur existieren, wenn konsequent gilt: Keine Toleranz der Intoleranz +++

Nichts ist selbstverständlich, schon gar nicht die liberale Demokratie.

Und sie ist es auch dann nicht, wenn sie in einem Land schon Jahrzehnte Bestand hatte und es geradezu unvorstellbar erscheint, dass man sich von ihr abwendet.

Da wurden und werden wir schmerzhaft – und wohl etwas naiv – eines Besseren belehrt.

USA, Türkei, Ungarn, Polen, Italien, Schweden – da fanden und finden keine Umstürze statt, sondern es sind (je nach Land mehr oder weniger) demokratische Wahlen, die Demokratiefeinde an die Macht führen.

Bei jeder Wahl in Frankreich warten wir gebannt und angespannt auf die Ergebnisse der zweiten Runden.

Auch in Deutschland sitzen wieder Faschisten im Bundestag und in Landtagen, man muss es klipp und klar beim Namen nennen.

In Ostdeutschland bilden sie laut Umfragen derzeit die stärkste Partei. In Sachsen und Thüringen waren sie es bei der Bundestagswahl.

Stärkste Partei! – was für eine unerträgliche Vorstellung, die Beklemmung auslösen muss bei allen, die sich als Patrioten sehen und am Geschichtsunterricht teilgenommen haben.



Wir müssen begreifen: Antiliberalismus und Antisemitismus gehen stets Hand in Hand.

Diese unheilvolle Allianz in der deutschen Geschichte und auch das historische Versagen des Bürgertums wurde inzwischen vielfach dokumentiert.

Wo Antisemitismus grassiert, da wird auch unser Grundgesetz angegriffen und alles wofür ein modernes, weltoffenes Deutschland steht.

Und da, wo dieses moderne, weltoffene Deutschland angegriffen wird, da ist der Antisemitismus nicht weit.

Daher ist der wehrhafte Kampf für die liberale Demokratie immer auch ein Kampf gegen Antisemitismus.

Und daher ist der Kampf gegen Antisemitismus immer auch ein Kampf für die liberale Demokratie.

Das gehört untrennbar zusammen.

Es ist eben kein Zufall, wenn in Ungarn George Soros zum Feindbild erklärt wird.

Es wäre falsch, nur darauf zu vertrauen, dass eine liberale Demokratie aufgrund ihrer bloßen Existenz überzeugt und den moralisch unzerstörbaren Kitt einer Gesellschaft bildet.

Vielmehr muss die liberale Demokratie auch in ihrer alltäglichen Praxis und durch Entscheidungen der durch sie legitimierten Verantwortlichen nachweisen, dass sie tatsächlich besser ist als alle anderen Alternativen.

Demokratie muss in der Lage sein, Krisen zu lösen.

Sie muss sozialer Ungleichheit Schranken setzen, für eine funktionierende Infrastruktur sorgen, die öffentlichen Einrichtungen wie allem voran unsere Schulen stärken und sozialen Aufstieg ermöglichen.

Sie muss der Bevölkerung nachweisen, dass es fair zugeht.

Ich stehe hier auch als Teil der Bundesregierung vor ihnen und stelle unumwunden fest: bei all dem genannten müssen wir Demokratinnen und Demokraten, trotz aller Meinungsunterschiede, besser werden.

Auch das ist ein Teil unserer nicht verhandelbaren Verantwortung als Demokratinnen und Demokraten.



Aber – und das ist entscheidend: Keine tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeit dieser Welt kann und darf als Begründung für Rassismus und Antisemitismus herhalten.

In diesem Sinne müssen wir stets eine klare und unmissverständliche Grenze zwischen Demokraten und Feinden der Demokratie ziehen, egal welcher Couleur.

Es handelt sich aber hier nicht einfach um zwei Lager, die sich quasi gleichberechtigt gegenüberstehen.

Demokraten und Feinde der Demokratie sind nicht einfach nur zwei Opponenten.

Denn die liberale Demokratie ist etwas Grundlegendes – wer sich gegen sie wendet, wendet sich nicht einfach gegen eine Staatsform, sondern der wendet sich gegen alles, was die Würde des Menschen ausmacht.

Der Philosoph Hans-Georg Gadamer hat einmal erklärt: „Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere Recht haben könnte.“

Ich schätze diesen Gedanken sehr, weil Demokratie auch davon lebt, die eigene Selbstgewissheit zu irritieren und zu hinterfragen.

Aber es muss uns auch stets klar sein, dass ein Dialog selbst bereits den Anschein der Normalität erwecken kann.

Und dieser Anschein der Normalität darf niemals aufkommen und einkehren, wenn wir es mit Antisemiten und Rassisten zu tun haben.

Die Wirkung vernünftiger Argumente hat ebenso ihre Grenzen wie Sozialpädagogik oder Resozialisierung.

„Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz“, so hat es Karl Popper als Paradoxon der Toleranz treffend auf den Punkt gebracht.

Und er hat weiter erklärt: „Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen“.

Deshalb gilt: Aus den dunkelsten Kapiteln deutscher Geschichte Lehren für die Zukunft zu ziehen, bedeutet auch, dass die liberale Demokratie wehrhaft sein muss – mit allen Mitteln, die es dazu bedarf.



Sie muss all ihre vorhandenen Waffen nutzen, um wehrhaft gegenüber Ideologien und Bewegungen zu sein, die die Demokratie aushöhlen und abschaffen wollen – ob rechtsextrem, linksextrem oder radikal islamistisch.

Wehrhaft zu sein, bedeutet aber auch zu verstehen, dass Wahlen allein kein Garant sind, um die liberale Demokratie vor ihren Feinden zu schützen.

Vielmehr geht es darum, die die Fähigkeit zur Selbstkorrektur zu bewahren, insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit der Wissenschaft und nicht zuletzt die Freiheit der Presse.

Apropos Presse: Dazu gehört übrigens auch, dass die Presse selbst kritikfähig sein, Kritik ertragen und annehmen muss – auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Aber auch diese Kritik sollte sich bewusst sein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine zentrale Säule der freien und gründlich informierten Meinungsbildung in Deutschland ist.

Kritik sollte daher dazu dienen, ihn besser zu machen – und nicht, um an dieser Säule zu sägen und sie abzuschaffen.

Es sind diese Mechanismen der Selbstkorrektur, die uns vor absoluten Wahrheiten schützen.

Es sind diese Mechanismen der Selbstkorrektur, die liberale Demokratien zu unseren Verbündeten machen.

Denn Freiheitsfreunde sind auch international unsere wahren Freunde.

Es sind diese Mechanismen der Selbstkorrektur, die in den USA als einer Demokratie den Wechsel von Trump zu Biden ermöglicht haben – aber umgekehrt in Russland komplett ausgeschaltet sind.

Es sind genau diese Mechanismen der Selbstkorrektur, die in Israel als einer Demokratie politische Veränderungen ermöglichen – aber umgekehrt quasi vor unserer Haustür in Ungarn mit Füßen getreten werden.

Dessen sollte sich jede und jeder bewusst sein, der wahllos verschiedene Staaten in einen Topf wirft.

+++ Vergangenheit und Zukunft zu verbinden, bedeutet, sich in der Gegenwart zu erinnern +++

Vergangenheit und Zukunft zu verbinden, bedeutet, sich in der Gegenwart zu erinnern.



Wer in Deutschland lebt und Teil dieser Gesellschaft ist oder werden möchte, wer das Land verstehen will, muss den Nationalsozialismus und die Shoah begreifen – wie es Bundespräsident von Weizsäcker gesagt hat: nicht im Sinne von Schuld, sondern von Verantwortung.

Dabei spielt es keine Rolle, woher die eigenen Vorfahren stammen.

Egal, woher man/frau kommt oder woher die Eltern und Großeltern stammen: In Deutschland ist auch die Vergangenheit unsere gemeinsame Heimat.

Das klingt nur auf den ersten Blick rückwärtsgewandt.

Denn in Wirklichkeit ist die Kultur des Erinnerns unser größter kultureller und demokratischer Schatz und eine Grundlage für die gemeinsame Zukunft. Keine Vielfalt der Welt kann diese gemeinsame Erinnerung in Frage stellen.

Vielmehr muss die gemeinsame Erinnerung Voraussetzung und Kern dieser Vielfalt sein.

Das ist die Gewähr für eine Deutsche Einheit, die uns in die Zukunft trägt.

Aber selbstverständlich verändert sich die Erinnerungskultur auch, weil unsere Gesellschaft sich verändert.

Die Zeitzeugen werden immer weniger, während immer mehr Kinder in unserer ethnisch vielfältigen Gesellschaft keinen familiären Bezug zum Nationalsozialismus und zum Holocaust haben.

Die aktive Gestaltung einer Erinnerungskultur muss darauf reagieren, um die Erinnerung an die Katastrophe wach zu halten und daraus moralische und politische Konsequenzen für unser Handeln zu ziehen.

Jede Generation muss das immer wieder von neuem tun.

In diesem Sinne ist Erinnerungskultur ein wichtiger Baustein für Demokratiebildung und Bildung gegen Antisemitismus.

Kein Kind dieser Welt, ob deutsch oder nicht, kommt als Antisemit auf die Welt.

Aber viele können es werden, wenn wir das Thema vernachlässigen.

Umso wichtiger sind Kita und Schule, nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Orte der aktiven Erziehung zur Demokratie als Lebenseinstellung gegen jede Art von Rassismus und Antisemitismus.

Dafür braucht es überzeugte und überzeugende Pädagoginnen und Pädagogen.



Es braucht Bund, Länder und Kommunen, die die Schulen bei diesem Vorhaben nicht allein lassen, sondern unterstützen.

Im Idealfall passiert diese Erziehung zur Demokratie gemeinsam mit der Familie – im Ernstfall aber auch gegen ein Milieu, in dem die Werte unseres Grundgesetzes nichts gelten.

Ich habe es immer als meine Verantwortung empfunden, darauf hinzuweisen, dass es Antisemitismus nicht nur am rechten Rand oder auch im linken Spektrum gibt, sondern auch in muslimisch geprägten Milieus.

Ja, so manch Linksliberale tun sich schwer damit.

Ja, Muslime sind auch Opfer von Rassismus und Ausgrenzung.

Aber sie können eben auch Täter sein.

Ich führe hier keine Debatte, inwiefern das Muslimische tatsächlich relevant oder ursächlich ist.

Was unser aber keinen Schritt weiterbringt, wenn es nach Angriffen oder Anschlägen heißt, das habe mit dem Islam nichts zu tun und den Islam gäbe es ja gar nicht.

Religion prägt Kultur, Werte und Milieus, in denen Menschen aufwachsen.

Man könnte sich vielleicht drauf einigen, dass es nicht nur mit dem Islam zu tun hat – aber eben auch mit dem Islam und das nicht in geringem Maße.

Ronya Othmann hat in einer Kolumne einmal verdeutlicht, dass Judenhass der Kern aller islamistischen Bewegungen ist.

Und sie hat zurecht darauf hingewiesen, dass Fernsehsender der Hamas, der Hizbullah oder aus der Türkei antisemitische Hetze auch in deutsche Wohnzimmer senden.

Über social media wird manches dann weiterverbreitet.

Wer sich offen zu seinem Judentum bekennt, muss sich in einigen Gegenden Berlins nicht nur vor Neo-Nazis in Acht nehmen, sondern auch vor feindseligen Menschen aus muslimisch geprägten Milieus.

Auch vor meiner Haustür in Kreuzberg oder Neukölln, was unerträglich und niemals hinnehmbar ist.



Wenn wir sagen, dass Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben darf, dann müssen wir dem auch Taten folgen lassen.

Es sollte nicht das jüdische Kind die Schule wechseln müssen, sondern diejenigen, die drangsalieren und antisemitisch sind – und das muss ich dann auch herumsprechen, damit auch andere Eltern es verstehen.

+++ Wir haben eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels +++

Dabei muss ebenfalls klar sein: Keine realen oder nachträglich konstruierten familiären Entbehrungen von Menschen, die aus dem arabischen Nahen Osten stammen, können Hass rechtfertigen.

Sie können und dürfen auch nicht das Fundament unseres außenpolitischen Selbstverständnisses in Frage stellen.

Das Fundament, das gesamtgesellschaftlich getragen werden muss: Israels Existenz ist der Kern der außenpolitischen Identität der Bundesrepublik.

Nur so wird außenpolitisch unsere nachdenkliche Erinnerungspolitik zu einer handlungsfähigen Verantwortungspolitik.

Dabei reicht es nicht, dass Israels Bestehen floskelhaft und formell anerkannt wird – daneben aber manches getan wird, um Israels Gesellschaft zu verteufeln, alle Konflikte der Welt in Israels Verantwortung zu schieben, Israels Sorgen zu entwerten und weniger legitim zu betrachten als die seiner Nachbarn oder anderer Länder der Welt.

Ein Lippenbekenntnis zu Israels Existenz reicht eben nicht, wenn Israel umzingelt oder isoliert wird.

Eine boykottierte Existenz ist keine Existenz. Das muss allen klar sein!

Kritik ja, so wie wir andere Staaten kritisieren oder auch selbst kritisiert werden – aber niemals Boykott und Isolation.

Wir müssen auch erkennen, dass genauso wie Antiamerikanismus oder Antikapitalismus oder Antikommunismus antisemitisch sein kann, auch obsessive Kritik an Israel antisemitisch sein kann.

Ronya Othmann hat einmal darauf hingewiesen, dass schon das Wort „Israelkritik“ bemerkenswert sei.

Eine iranische Sportlerin hat vor wenigen Tagen ihren Wettkampf ohne Kopftuch bestritten – im Iran ist das ein Grund, um sein Leben zu fürchten.

Mahsa Amini wurde das Leben deshalb genommen, 22 Jahre jung.



Aber gibt es den gängigen Begriff „Irakritik“? Oder „Syrienkritik“? Oder „Saudi-Arabien-Kritik“?

Jörg Scheller, Professor für Kunstgeschichte, hat es in einem Tweet sehr treffend auf den Punkt gebracht.

Er hat darauf hingewiesen, dass man unter Akademikern endlos über die Frage räsoniert, wo genau die Grenze zwischen Israelkritik und Antisemitismus laufe.

Er hat das mit einem treffenden Gedankenspiel veranschaulicht. Ich zitiere:

„Aus Protest gegen die Finanzierung internationalen Terrors rief ein transnationales Bündnis, darunter viele Linke aus der Kulturszene, die Kampagne Boycott, Divestment and Sanctions ins Leben, um Iran wirtschaftlich, kulturell und politisch zu isolieren“.

Er hat dieses Gedankenspiel mehrfach wiederholt mit Russland, China, Kuba, Syrien, Saudi-Arabien, Afghanistan.

Und er schließt dann mit dem Hinweis, dass es verdächtig sei, wenn manche sich im Namen universeller Werte selektiv und ideologisch tendenziös solidarisieren und mit unterschiedlichen Maßstäben messen.

„Antisemitismus“, so Scheller, „ist umso gefährlicher, je breiter das ideologische Spektrum ist, das ihm, und sei es unfreiwillig, die Tür öffnet. Von religiösen Gruppen, Rechtsradikalen und einer diffusen ‚Mitte‘ ist man Antisemitismus gewohnt. Kommen noch Linke dazu, zieht sich die Schlinge zu.“

Ich begreife mich selbst als politisch Linker – und gerade deshalb bin ich verpflichtet, den Finger in diese Wunde zu legen.

Auch in der Debatte über Antisemitismus bei der Documenta konnte man irgendwann den Eindruck gewinnen, die begründete Kritik an den Verantwortlichen sei denen lästiger und problematischer als die Kunstwerke selbst.

Wehrhaft bleibt unsere liberale Demokratie nur dann, wenn man keine Unterschiede macht, aus welcher Ecke Antisemitismus stammt.

Wenn wir ihn ernsthaft bekämpfen, dann müssen wir dies anerkennen und es vor allem in unseren Schulen und an unseren Universitäten auch angehen und bearbeiten – an der Wurzel!

+++ Die Vielfalt jüdischen Lebens ist ein Geschenk für unser Land +++



Am Ende meiner Rede verbleibt mir zu hoffen, dass ich nicht das Thema verfehlt zu haben, indem ich die Vielfalt des jüdischen Lebens vernachlässigt habe.

Ich bin meinem Gewissen und Herzen gefolgt und habe gesagt, was mich bewegt und beschäftigt.

Aber ich wünsche mir, dass künftige Preisträgerinnen und Preisträger ihre Redezeit eines Tages guten Gewissens auch dafür nutzen können, mehr als ich über die Vielfalt jüdischen Lebens und jüdisch geprägter Kultur in Deutschland zu sprechen, die ein Geschenk für unser Land ist.

Kürzlich fand die Preisverleihung des bundesweiten Schreibwettbewerbs „L’Chaim: Schreib zum jüdischen Leben in Deutschland!“ statt.

Dr. Schuster gehörte der Jury an.

Auch in diesen Beiträgen wird einem die Vielfalt des jüdischen Lebens in unserem gemeinsamen Land vor Augen geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Leo Baeck hielt sich an sein Wort. Er tat, was er predigte und lehrte.

Er tat es auch unter unmenschlichen Bedingungen.

Sein Denken und Tun sind uns eine Mahnung, stets zu bewahren, was wahre Menschlichkeit ausmacht: Hilfsbereitschaft, Nächstenliebe, Toleranz.

Aber sie eben nicht nur zu bewahren – sondern auch einzufordern und zu verteidigen.

Ich danke Ihnen.

